

Sitzungsniederschrift

23. Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung und Umwelt

Sitzungsort: Hotel Alte Schmiede, Esenser Straße 295, 26607 Aurich		
Sitzungsdatum: 02.03.2021	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:30 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Rinderhagen, Gerhard	CDU	
Mitglieder		
Bargmann, Bodo	CDU	
Busker, Hinrich	SPD	
Harms, Erich	SPD	
Ihnen, Hermann	AKSBG	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Looden, Jan-Adolf	AfD	
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	BWM	
Strömer, Wilhelm	FW	
Tjaden, Hinrich	CDU	Vertretung für Herrn Roelf Odens
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Wienbeuker, Johann	AKSBG	
Grundmandat		
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Brötje, Helge		
Götz, Reiner		
Noosten, Carl		
Runge, Rolf		

Verwaltung

Orlik, Holger

Töpfer, Sylvia

Protokollführerin

Nicht anwesend:

Mitglieder

Altmann, Gila

GRÜNE

Odens, Roelf

CDU

Pickel, Sascha

SPD

Beratende Mitglieder

Steven, Michael

Valentien, Helge

Wagner, Erich

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.12.2020
5. Einwohnerfragestunde
6. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
- 6.1. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen: Tiertransporte
7. Nitrat im Grundwasser Ostfrieslands
8. Modellprojekt Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung Smart Region Ostfriesland „digital vernetzt-regional verbunden“
Vorlage: IX/2021/021
9. Antrag der Fraktion der Freien Wähler vom 01.12.2020; Wirtschaftsförderung im Landkreis Aurich und der Ostfriesischen Halbinsel, Einrichtung einer Zukunftswerkstatt
Vorlage: IX-AF/2020/035
10. Antrag der SPD-Fraktion; 100 km Radwegeprogramm
Vorlage: IX-AF/2021/001
11. Antrag der FW-Kreistagsfraktion vom 08.01.2021; Radweg
Vorlage: IX-AF/2021/002
12. Antrag der Fraktionen der Freien Wähler und der FDP - Förderung der Landwirtschaft durch Hofläden
Vorlage: IX-AF/2020/007



- | | |
|-----|--|
| 13. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen: Corona |
| 14. | Einwohnerfragestunde |
| 15. | Schließung der Sitzung |
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Rinderhagen eröffnet um 15.00 Uhr die 23. Sitzung des Ausschusses für Kreiseentwicklung und Umwelt

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Rinderhagen stellt fest, dass die Ausschussmitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und das Gremium beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Rinderhagen stellt die Tagesordnung im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern fest.

Der Tagesordnungspunkt 11 wird gestrichen, da dieser bereits in der 16. Sitzung am 25. Februar 2020 behandelt wurde.

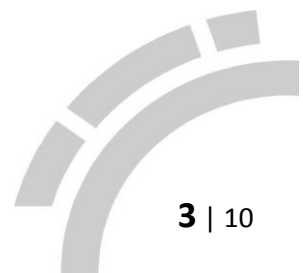
(Hinweis: Aufgrund technischer Probleme wurden zwei Themen des Tagesordnungspunktes „Verschiedenes, Wünsche, Anregungen“ vorgezogen. Diese werden folglich unter dem TOP 6 und 6.1 behandelt.)

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.12.2020

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 01. Dezember 2020 wird seitens des Gremiums einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
⇨ **einstimmig beschlossen**



TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

TOP 6 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Abg. Tjarden stellt die Frage, ob in diesem Jahr Osterfeuer abgebrannt werden dürfen.

Kreisrat Smolinski antwortet, dass die Bund-Länder-Konferenz abgewartet werden müsse. Bis Ende der folgenden Woche werde es offizielle Informationen dazu geben. Die Problematik der Legitimation liege darin, dass Osterfeuer nur dann zulässig seien, wenn die Öffentlichkeit an dem Brauchtum teilhaben darf.

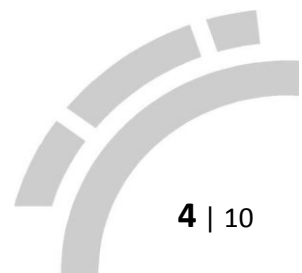
Landrat Meinen ergänzt, dass die Erlasslage klar sei: Brauchtumsfeuer seien nur dann zulässig, wenn diese auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Aufgrund der Tatsache, dass Zusammenkünfte nicht zulässig seien, gelte diese Unzulässigkeit auch für die Osterfeuer. Bis Ende der nächsten Woche werde es eine einheitliche Lösung geben. Man könne bereits Osterfeuer anmelden – ob diese genehmigt werden dürfen, bleibe abzuwarten. Die Problematik im Landkreis Aurich liege auch darin, dass es eine sehr hohe Dichte an Wallhecken gebe. Laut einer Kalkulation der Abfallwirtschaft fallen nur im Landkreis Aurich circa 2500 Kubikmeter Strauchschnitt an. Diese Menge könne man durch die normale Strauchschnittabfuhr nicht entsorgen. Deshalb versuche man aktuell, eine Lösung zu finden.

Abg. Altmann merkt an, nicht gegen Brauchtumsfeuer zu sein, dass diese aber nur im entsprechenden Rahmen stattfinden könnten. Sollten die Brauchtumsfeuer nicht stattfinden können, müsse es Alternativen für den Strauchschnitt geben. Eine mögliche Alternative sehe sie im Häckseln des Strauchschnitts vor Ort. **Abg. Altmann** stellt die Frage, inwieweit der Landkreis unter den Pandemiebedingungen bereit sei, finanziell in Vorleistung zu treten.

Landrat Meinen weist darauf hin, dass aufgrund der hohen Dichte an Wallhecken das Aufkommen von Strauchgut zu hoch sei. Jedem Landwirt sei freigestellt, Unternehmen zu beauftragen, das Strauchgut zu häckseln.

Abg. Altmann fordert die Entwicklung neuer Strategien. Es müsse Alternativen zu Brenntagen und Osterfeuern geben.

Abg. Loden erklärt, dass es Medienberichten zufolge wissenschaftlich belegt sei, dass im Freien keine Ansteckungsgefahr mit Covid-19 bestehe. Daher stelle sich ihm die Frage, warum man nicht draußen zusammenkommen dürfe, um beispielsweise Osterfeuer zu zelebrieren.



Landrat Meinen verweist auf die Corona-Verordnung, aus der hervorgeht, dass Zusammenkünfte nicht zulässig seien.

Abg. Tjarden merkt an, dass Holzhackschnitzelkraftwerke das Schnittgut verarbeiten könnten. Die anfallende Menge Strauchschnitt sei zu groß, um diese über die Abfallwirtschaft zu behandeln.

Der Vorsitzende Rinderhagen bittet darum, aufgrund der zeitlichen Begrenzung der Sitzung, zu weiteren Diskussionsaspekten überzugehen.

TOP 6.1 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen: Tiertransporte

Abg. Altmann fordert zum einen eine Stellungnahme des Landkreises zu den Vorwürfen hinsichtlich der Tiertransporte. Des Weiteren fragt sie, ob der Landkreis Ideen habe, wie darauf reagiert werden könne, wenn sich die Virologenmeinung durchsetzt und Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Wirtschaft wiederzubeleben. Die Rahmenbedingungen für die Sicherung der Bevölkerung seien wichtiger als der Inzidenzwert. **Abg. Altmann** fragt, wie der Landkreis zu der Option stehe, den Bürgerinnen und Bürgern kostenfreie Corona-Schnelltests zur Verfügung zu stellen.

Landrat Meinen möchte zunächst das Thema Tiertransporte diskutieren und bittet **den Leiter des Amtes für Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung Dr. Pohlenz** um eine Stellungnahme.

Dr. Pohlenz stellt zunächst klar, dass insbesondere im Fall der Vorwürfe, die in einzelnen Sendungen gegen den Landkreis Aurich erhoben wurden, deutlich geworden sei, dass Medienberichte häufig nicht mehr objektiv ermittelt werden. Stattdessen würden subjektive Halbwahrheiten der Bevölkerung als allgemeingültig vermittelt. Es sei empörend, dass dies auch durch die öffentlich-rechtlichen Sender praktiziert werde. Zu dem aufsehenerregenden Fall erläutert er Folgendes: Im vergangenen Jahr 2020 sei durch das niedersächsische Landwirtschaftsministerium ein Erlass über ein Nutztierverbot in Drittländern herausgegeben worden. Zuchttierorganisationen für Nutztiertransporte haben bei den zuständigen Veterinärbehörden daraufhin entsprechende Anträge zur Abwicklung solcher Tiertransporte gestellt. Im August habe das Veterinäramt Aurich aufgrund der Rechtslage eine Ablehnung herausgegeben. Der Organisator des geplanten Tiertransportes sei folglich gerichtlich dagegen vorgegangen und habe durch eine einstweilige Verfügung vom Verwaltungsgericht Oldenburg Recht bekommen. Ähnliche Verwaltungsgerichtsurteile habe es auch in Osnabrück und im Lande Brandenburg gegeben, weshalb der Erlass nicht gültig bleiben konnte und die Tiertransporte in Abstimmung mit dem Landwirtschaftsministerium durchgeführt worden seien. Die Planung und Durchführung sei durch das Veterinäramt des Landkreises Aurich gewissenhaft überprüft worden und auch die Abwicklung im Nachhinein sei sorgfältig durchgeführt worden. Jeder durch den Landkreis Aurich bewilligte Tiertransport habe in Absprache mit dem Ministerium stattgefunden und sei detailliert geprüft worden. Von den Medien seien völlig falsche Schlüsse gezogen worden. Sowohl dem RBB Mittagmagazin als auch anderen Sendern sowie der PETA habe der

Landkreis umfängliche Presseinformationen mitgeteilt, die unvollständig und fehlerhaft wiedergegeben worden sind. Wenn alle Bedingungen erfüllt sind, bleibe der kommunalen Veterinärbehörde nichts Anderes übrig als solche Tiertransporte zu genehmigen. Es werde mit einer enormen Tiefe geprüft. Das Landwirtschaftsministerium ist umgeschwenkt, weil ein allgemeines Verbot von Tiertransporten nicht stehenbleiben könne. Tiertransporte sind möglich, sofern die zugrundeliegenden Bedingungen erfüllt werden. Am 04. Januar 2021 sei ein neuer Erlass veröffentlicht worden, durch welchen sich für das Veterinäramt des Landkreises Aurich jedoch keine Änderungen in der Verfahrensabwicklung ergeben haben.

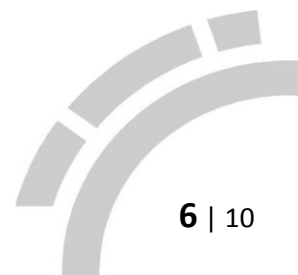
Abg. Altmann bedankt sich für die Darstellung und merkt an, dass mit bestimmten Vorwürfen, die weiterhin im Raum stehen, umgegangen werden müsse. Wenn die Vorwürfe, die dem Kreis gemacht werden, nicht der Wahrheit entsprechen und der Landkreis Aurich sogar als Drehscheibe für Tiertransporte deklariert werde, da es hier angeblich sehr einfach sei, eine Genehmigung zu bekommen, stelle sich die Frage, warum sich der Landkreis nicht dagegen zur Wehr setzt. Um sich gegen die nachweislich falschen Darstellungen zu wehren, bedürfe es einer Gegendarstellung.

Dr. Pohlenz betont, dass der Landkreis immer wahrheitsgemäße Aussagen getroffen und eine lückenlose Darstellung abgeliefert habe. Die Frage nach der Drehscheibe Landkreis Aurich hinsichtlich der Viehvermarktung erklärt **Dr. Pohlenz** dadurch, dass beim Blick auf die Bundesrepublik deutlich werde, dass es bestimmte Zentren der Landwirtschaft gebe und die Küstenregion eine besondere Konzentration hinsichtlich der Milchvieherzeugung sei. Es gebe nur noch ganz wenige Regionen, in denen in einem nennenswerten Umfang Viehzucht betrieben werde. Dadurch lasse sich begründen, dass sich im Laufe des Strukturwandels innerhalb der Landwirtschaft bestimmte Zentren und Vermarktungsstrukturen gebildet haben. Da sich die hiesige Region auf den Markt spezialisiert habe, finden verhältnismäßig viele Tiertransporte an Drittländer vom Landkreis Aurich aus statt.

Zur Frage nach einer Gegendarstellung des Landkreises bezüglich der Medienberichte äußert Dr. Pohlenz, dass es dazu noch nicht gekommen sei und dies intern abgesprochen werde.

Landrat Meinen ergänzt, dass es teilweise unerträglich sei, was der Landkreis Aurich und dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach solchen Berichterstattungen an Zuschriften und Anfragen bekomme. Alle Informationen zu den Hintergründen der Tiertransporte sei den Sendern in einer Pressemitteilung detailliert kundgetan worden. Dennoch sei von diesen Inhalten kaum etwas dargestellt worden. Darum mache es in seinen Augen keinen Sinn eine Gegendarstellung herauszugeben, da diese nicht gehört werden möchte. **LR Meinen** betont, dass in jedem Fall nach Recht und Gesetz vorgegangen werde und Prozesse und so abgewickelt werden, wie es vom Landwirtschaftsministerium vorgegeben wird. Es liege nicht im Ermessen der kommunalen Veterinärbehörde, politische Entscheidungen zu treffen. Wer politisch etwas verändern will, müsse dies in Brüssel tun.

Abg. Warmulla merkt an, dass auch wenn alle Prozesse auf Recht und Gesetz beruhen, es die Möglichkeit gebe, dass Tierschutzbestimmungen nicht ausreichen. Dennoch sei es ein Unding, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises das abbe-



kommen und es sei schade, dass die Fakten in Medienberichterstattungen nicht wahrheitsgemäß dargestellt werden. **Abg. Warmulla** stellt zum einen die Frage, für wie viele Landkreise der Landkreis Aurich als Drehscheibe hinsichtlich der Tiertransporte fungiere. Des Weiteren fragt er, welche wesentlichen Änderungen es durch den neuen Erlass am 04. Januar 2021 gegeben habe.

Dr. Pohlenz erklärt, dass die erste Frage nicht beantwortet werden könne. Es sei ganz unterschiedlich, wie viele Abwicklungen über den Landkreis Aurich durchgeführt werden, weshalb es nicht möglich sei, eine konkrete Prozentzahl zu benennen. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass es sich um weit mehr als 50% handele. Beispielsweise seien von Ende Juli 2020 bis Januar 2021 circa 1300 Tiere durch den Landkreis Aurich im Rahmen von Zuchttiertransporten herausgegangen. Zur zweiten Frage vom **Abg. Warmulla** erläutert **Dr. Pohlenz**, dass sich nichts durch den Erlass geändert habe. Jedenfalls nichts in der Gestalt, dass sich der Landkreis Aurich anders in dem Verfahren verhalte, als zuvor. Jeder einzelne Transport werde überwacht und sämtliche Voraussetzungen die in dem Erlass aufgeführt werden, wurden bereits zuvor durch den Landkreis Aurich lückenlos erfüllt.

Der Vorsitzende Rinderhagen fordert den Ausschuss auf, vor dem Hintergrund der fortgeschrittenen Zeit, zum Tagesordnungspunkt „Nitrat im Grundwasser Ostfrieslands“ überzugehen und bittet **Andreas Roskam** mit seinem Vortrag zu beginnen.

TOP 7 **Nitrat im Grundwasser Ostfrieslands**

Herr Roskam von der NLWKN trägt zur Nitratbelastung im Grundwasser vor. Die Fragen der Abgeordneten werden von Herrn Roskam und der Verwaltung beantwortet. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

TOP 8 **Modellprojekt Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung Smart Region Ostfriesland „digital vernetzt-regional verbunden“**
Vorlage: IX/2021/021

Herr van Ellen von der Stadt Emden trägt zur Digitalisierungsstrategie Smart Region Ostfriesland, einem interkommunalen Kooperationsprojekt, vor. Die Fragen der Abgeordneten werden von **Herrn van Ellen** und der Verwaltung beantwortet. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Landrat Meinen betont, dass es zunächst nur um eine Grundsatzabstimmung gehe. In der zwölfmonatigen Konzeptphase habe man genügend Zeit um konkrete Ziele zu definieren und Inhalte zu diskutieren. Er plädiert dafür, dem Projekt zuzustimmen, da eine solche Digitalisierungsstrategie eine wesentliche Grundlage für die Region Ostfriesland bilde, um zukunftsfähig zu sein.

Der Ausschuss für Kreisentwicklung und Umwelt stimmt mehrheitlich für den Beschlussvorschlag ab, an dem Förderaufruf des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat „Smart City Made in Germany“, teilzunehmen. Die Teilnahme erfolgt im Rahmen einer interkommunalen Kooperation mit der Stadt Emden und den Landkreisen Leer und Wittmund. Der Landkreis Aurich erklärt die grundsätzliche Bereitschaft das Modellprojekt entsprechend der Smart City Charta umzusetzen und den auf den Landkreis Aurich entfallenden Eigenanteil zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 2
➡ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 9 Antrag der Fraktion der Freien Wähler vom 01.12.2020; Wirtschaftsförderung im Landkreis Aurich und der Ostfriesischen Halbinsel, Einrichtung einer Zukunftswerkstatt
Vorlage: IX-AF/2020/035

Der Tagesordnungspunkt 8 wird auf die Sitzung am 13. April 2021 verschoben.

TOP 10 Antrag der SPD-Fraktion; 100 km Radwegeprogramm
Vorlage: IX-AF/2021/001

Der Tagesordnungspunkt 9 wird auf die Sitzung am 13. April 2021 verschoben.

TOP 11 Antrag der FW-Kreistagsfraktion vom 08.01.2021; Radweg
Vorlage: IX-AF/2021/002

Der Tagesordnungspunkt 10 wird auf die Sitzung am 13. April 2021 verschoben.

TOP 12 Antrag der Fraktionen der Freien Wähler und der FDP - Förderung der Landwirtschaft durch Hofläden
Vorlage: IX-AF/2020/007

TOP 13 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen: Corona

Der Vorsitzende Rinderhagen bittet den Landrat um eine Stellungnahme hinsichtlich der am 03. März 2021 stattfindenden Ministerpräsidentenkonferenz bezüglich des zukünftigen Umgangs mit den Corona-Maßnahmen.

Landrat Meinen erklärt, dass es einer Sicherheitsstrategie bedarf. Wie die Maßnahmen konkret aussehen werden, bleibe abzuwarten.

Abg. Busker weist darauf hin, dass Herr Spahn vorgeschlagen habe, den Bürgerinnen und Bürgern zweimal wöchentlich kostenlose Testungen durch Fachpersonal zu ermöglichen. Für den Landkreis Aurich würde das bedeuten, dass jede Woche ungefähr 300 000 Testungen durchgeführt werden würden. **Abg. Busker** hält diesen Vorschlag für ein Unding, da es unmöglich sei, dies praktisch zu ermöglichen. Selbsttestungen halte er hingegen für eine sinnvolle Alternative, jedoch stelle sich ihm die Frage, wie die Vorgehensweise organisiert werde: Stellt der Bund, das Land, die Landkreise oder die Gemeinden die Selbsttestungen zur Verfügung und wie soll das vonstattengehen?

Abg. Altmann verweist darauf, dass die Inzidenzwerte nicht mehr das Maß aller Dinge seien. Selbsttestungen und die Ausweitung von Sicherheitsvorkehrungen müssten in den Vordergrund treten. **Abg. Altmann** stellt die Frage, was der Landkreis mache und warum es keine konkrete Strategie seitens des Landkreises gebe.

Landrat Meinen äußert dazu, dass der Landkreis diesbezüglich gut aufgestellt sei: Es gebe ein Testzentrum in Schirum, Apotheken und Hausärzte die Tests durchführen. Angeblich sollen in der folgenden Woche erste Selbsttestungen möglich sein. Nähere Informationen dazu gebe es allerdings noch nicht und es bleibe abzuwarten, wie der Umgang mit solchen Selbsttestungen gehandhabt werde.

Abg. Altmann fragt, ob die Selbsttestungen vom Landkreis finanziert und somit für Bürgerinnen und Bürger kostenlos sein werden.

Landrat Meinen entgegnet, dass man dies noch nicht wisse.

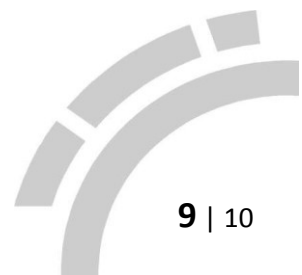
Der Vorsitzende Rinderhagen beendet die Diskussion.

TOP 14 **Einwohnerfragestunde**

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

TOP 15 **Schließung der Sitzung**

Der Vorsitzende Rinderhagen schließt die Sitzung um 17.30 Uhr.



gez. Rinderhagen
Vorsitzender

gez. Töpfer
Protokollführerin

